

Nicolas Michel

# Das öffentliche Auftragswesen in der europäischen Rechtsprechung

Systematische Darstellung der Urteile und Beschlüsse  
des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften

aus dem Französischen übersetzt und bearbeitet von  
Silvia Bucher

# INHALTSÜBERSICHT

INHALTSVERZEICHNIS	VII
VORWORT	XI
<b>EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
<b>I. DAS PRIMÄRE GEMEINSCHAFTSRECHT</b>	<b>2</b>
A. DAS MATERIELLE RECHT	2
1. Vorbemerkungen	2
2. Der Gleichbehandlungsgrundsatz	2
3. Der freie Warenverkehr	6
4. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	20
5. Die Niederlassungsfreiheit	24
6. Der freie Dienstleistungsverkehr	29
7. Das Verbot staatlicher Beihilfen	42
B. DAS GEMEINSCHAFTSRECHTLICHE RECHTSSCHUTZ- SYSTEM	44
1. Allgemeine Bemerkungen	44
2. Das Vertragsverletzungsverfahren	44
3. Das Vorabentscheidungsverfahren	70
4. Die einstweiligen Anordnungen	72
<b>II. DIE RICHTLINIEN</b>	<b>83</b>
A. DIE RICHTLINIE ALS INSTRUMENT	83
1. Die Umsetzung	83
2. Die rechtsanwendenden Behörden und die unmittelbare Wirkung	91
3. Die Auslegung	94

B. DER INHALT DER RICHTLINIEN	98
1. Der Geltungsbereich der Richtlinien	98
2. Die Vergabeverfahren	113
3. Die gemeinsamen Vorschriften auf technischem Gebiet	133
4. Die gemeinsamen Bekanntmachungsvorschriften	138
5. Die gemeinsamen Teilnahmebestimmungen	149
6. Die Begünstigung der regionalen oder der inländischen Wirtschaft	171
7. Der vorübergehende Einsatz von Arbeitnehmern im Ausland und die Sozialgesetzgebung des Aufnahme- staates	175
<b>SCHLUSSWORT</b>	<b>178</b>
REGISTER UND TABELLEN	1 79

## INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSÜBERSICHT	V
VORWORT	XI
<b>EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
<b>I. DAS PRIMÄRE GEMEINSCHAFTSRECHT</b>	<b>2</b>
A. DAS MATERIELLE RECHT	2
1. Vorbemerkungen	2
2. Der Gleichbehandlungsgrundsatz	2
3. Der freie Warenverkehr	6
4. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	20
5. Die Niederlassungsfreiheit	24
6. Der freie Dienstleistungsverkehr	29
7. Das Verbot staatlicher Beihilfen	42
B. DAS GEMEINSCHAFTSRECHTLICHE RECHTSSCHUTZ- SYSTEM	44
1. Allgemeine Bemerkungen	44

2.	Das Vertragsverletzungsverfahren	44
2.1.	Die aufgeworfenen Fragen	44
2.2.	Die Zulässigkeit und die Begründetheit der Klage	45
2.3.	Der Inhalt der mit Gründen versehenen Stellungnahme	45
2.4.	Der Inhalt des Mahnschreibens	52
2.5.	Die Umformulierung der in der Klageschrift gestellten Anträge	54
2.6.	Die Beseitigung des vertragswidrigen Zustandes	55
2.7.	Die Anerkennung der Haftung durch den betroffenen Staat	61
2.8.	Die Obliegenheiten der Kommission	62
2.9.	Die Erhebung einer zweiten Klage infolge Unzulässigkeit der ersten Klage	68
3.	Das Vorabentscheidungsverfahren	70
4.	Die einstweiligen Anordnungen	72
4.1.	Vorbemerkungen	72
4.2.	Der Grundsatz der Zulässigkeit des Antrags	73
4.3.	Die Art der zu treffenden Massnahmen	74
4.4.	Die Voraussetzungen des Erlasses einstweiliger Anordnungen im allgemeinen	76
4.5.	Der <i>fumus boni iuris</i>	7 6
4.6.	Die Dringlichkeit und die Interessenabwägung	77
4.7.	Die Obliegenheiten der Kommission	81
<b>II.</b>	<b>DIE RICHTLINIEN</b>	<b>83</b>
A.	DIE RICHTLINIE ALS INSTRUMENT	83
1.	Die Umsetzung	83
1.1.	Die Umsetzungspflicht	83
1.2.	Der Inhalt der innerstaatlichen Durchführungsbestimmungen	84
1.3.	Die Rechtsform der innerstaatlichen Durchführungsbestimmungen	86
1.4.	Die Mitteilung an die Kommission	90
1.5.	Die Inkraftsetzung	91
2.	Die rechtsanwendenden Behörden und die unmittelbare Wirkung	91
3.	Die Auslegung	94

B.	DER INHALT DER RICHTLINIEN	98
1.	Der Geltungsbereich der Richtlinien	98
1.1.	Einführende Bemerkungen	98
1.2.	Die betroffenen öffentlichen Auftraggeber	99
1.3.	Der sachliche Anwendungsbereich	101
	a) <i>Die Bauaufträge</i>	101
	b) <i>Die Lieferaufträge</i>	104
1.4.	Der Ausschluss vom Anwendungsbereich	110
1.5.	Der Schwellenwert	112
2.	Die Vergabeverfahren	113
2.1.	Allgemeine Bemerkungen	113
2.2.	Das Verhandlungsverfahren	113
	a) <i>Die Zulässigkeit im allgemeinen</i>	113
	b) <i>Der Sondierungscharakter des Auftrags</i>	115
	c) <i>Der Schutz von Ausschliesslichkeitsrechten</i>	115
	d) <i>Die Dringlichkeit</i>	119
	e) <i>Die Zusatzleistungen</i>	126
	f) <i>Die Geheimhaltung und die Sicherheit</i>	127
	g) <i>Die technischen Besonderheiten</i>	129
3.	Die gemeinsamen Vorschriften auf technischem Gebiet	133
4.	Die gemeinsamen Bekanntmachungsvorschriften	138
5.	Die gemeinsamen Teilnahmebestimmungen	149
5.1.	Allgemeine Gesichtspunkte	149
5.2.	Die qualitative Auswahl	152
	a) <i>Die zulässigen Auswahlkriterien im allgemeinen</i>	152
	b) <i>Die Niederlassungsgenehmigung</i>	155
	c) <i>Der Wert der Aufträge, die gleichzeitig ausgeführt werden dürfen</i>	156
	d) <i>Die spezifische Erfahrung</i>	156
	e) <i>Die Aufnahme in eine offizielle Liste der zugelassenen Unternehmer</i>	159
	f) <i>Das Erfordernis einer Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand</i>	160
	g) <i>Die Vereinbarkeit mit den Verdingungsunterlagen</i>	161

5.3.	Die Zuschlagskriterien	162
	a) <i>Im allgemeinen</i>	162
	b) <i>Der niedrigste Preis</i>	163
	c) <i>Das wirtschaftlich günstigste Angebot</i>	163
5.4.	Die ungewöhnlich niedrigen Angebote	167
5.5.	Die besonderen zusätzlichen Bedingungen	169
6.	Die Begünstigung der regionalen oder der inländischen Wirtschaft	171
6.1.	Die Begünstigung der regionalen Wirtschaft	171
6.2.	Die Begünstigung der inländischen Wirtschaft	174
7.	Der vorübergehende Einsatz von Arbeitnehmern im Ausland und die Sozialgesetzgebung des Aufnahmestaates	175

## **SCHLUSSWORT** 178

CHRONOLOGISCHES REGISTER DER ZITIERTEN URTEILE UND BESCHLÜSSE	179
ALPHABETISCHES REGISTER DER ZITIERTEN URTEILE UND BESCHLÜSSE	184
REGISTER DER ZITIERTEN URTEILE UND BESCHLÜSSE NACH DER REIHENFOLGE DER AKTENNUMMERN	197
REGISTER DER ZITIERTEN URTEILE UND BESCHLÜSSE NACH KURZBEZEICHNUNGEN	202
ZUSAMMENSTELLUNG DER VERGABERICHTLINIEN	206
ENTSPRECHUNGSTABELLE ZU DEN LIEFERKOORDINIERUNGSRICHTLINIEN	208
ENTSPRECHUNGSTABELLE ZU DEN BAUKOORDINIERUNGSRICHTLINIEN	211
REGISTER DER ZITIERTEN BESTIMMUNGEN	213